

Zu meiner Person

Geboren am 26. Dezember 1959 in Schwerin/Meckl., verheiratet, vier erwachsene Kinder. Erlerner Beruf: Zerspanungsfacharbeiter.

Nach vierjähriger Dienstzeit bei der Volksmarine der DDR trat ich 1982 der Deutschen Volkspolizei bei und war in verschiedenen Dienststellen tätig. Ich erwarb den Fachschulabschluss eines Staatswissenschaftlers.

Seit Januar 1991 bin ich in unterschiedlichen Funktionen hauptamtlich bei der PDS in Brandenburg, jetzt DIE LINKE, beschäftigt.

Desweiteren bin ich seit 1989 mit einer kurzen Unterbrechung Abgeordneter der Kreistage Teltow-Fläming und Zossen bzw. den Gemeindevertretungen Mahlow und Blankenfelde.

Weiter kandidieren im Wahlkreis 2 für den Kreistag Teltow-Fläming:

für Rangsdorf: Martina Enke, Hartmut Rex, Peter Wetzels;
für Blankenfelde-Mahlow: Alexander Fröhlich, Angelika Kristen, Christa Schubert, Dr. Günter Stiral, Ingo Thiedemann, Martin Wegner, Christa Weinert.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Landkreise sind einzigartige Lebensräume, die durch ihre regionalen Besonderheiten Identität und Lebensqualität bieten. Jede und jeder erlebt die Stadt, den Kreis anders. Die Vielfalt der Kommunen macht auch ihren Reiz aus.

Gute Politik trägt dafür Sorge, dass alle Menschen in politische Entscheidungen einbezogen und daran beteiligt werden.

Gute Politik trägt dafür Sorge, dass Verwaltungen den Einwohnerinnen und Einwohnern dienen.

Deshalb gehen Sie bitte am 28. September wählen.

Ihr

Kontakt:
DIE LINKE. Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36
14943 Kyritz
Telefon: 03371/63 22 67
roland.scharp@freenet.de
www.dielinke-teltow-flaeming.de

www.original-sozial.de



Original Sozial

Roland Scharp:

Bürgernah, engagiert
und kompetent für den
Landkreis Teltow-Fläming.

DIE LINKE.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

es gibt viele gute Gründe, Ihre Stimme der LINKEN zu geben. Einige haben wir in unserem Kreiswahlprogramm zusammengefasst. Wir denken, dass ein Politikwechsel dringend erforderlich ist. Er ist mehr als lediglich ein Machtwechsel. Wir wollen eine Politik, die uns Bürgern eine bessere, eine gerechtere Teilhabe an Staat und Gesellschaft ermöglicht. Wir konzentrieren uns hierbei auf:

Menschenwürdige Arbeit hat Priorität

Es ist nicht alles sozial gerecht, was Arbeit schafft. Vielmehr brauchen wir Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen. DIE LINKE fordert seit langem einen Mindestlohn, weil Dumpinglöhne sittenwidrig sind und zu Altersarmut führen. Kommunale Unternehmen sind und bleiben für die Grundversorgung unbedingt erforderlich. Die in der Region ansässigen Unternehmen müssen stärker an den öffentlichen Investitionen unseres Kreises teilhaben. Wir setzen uns für das Sozialticket ein, weil Mobilität nicht vom Geldbeutel abhängen darf.

Bildung ist die zentrale Schlüsselaufgabe

Bildung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln können. Deshalb ist uns eine Bildung für alle – und zwar von Anfang an – besonders wichtig.

DIE LINKE steht für den Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden, bedarfsgerechten Schulangebotes. Die Kürzung des 610-Stellen-Programms muss durch das Land rückgängig gemacht werden. Insbesondere sind der Ausbau und die Qualität der Schulsozialarbeit zu fördern. Die Teilhabe an kultureller Bildung ist Bestandteil der sozialen Grundversorgung.

Soziale Gerechtigkeit schaffen

Soziale Gerechtigkeit kann sich nur dort entfalten, wo Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können und in ihrer konkreten Lebenssituation nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind für DIE LINKE das übergeordnete Ziel der Kreisentwicklung. Standards des öffentlichen Gesundheitswesens dürfen nicht abgebaut

werden. Öffentliche Leistungen müssen für alle nutzbar bleiben. Der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden. Der Zugang zu Sozialeinrichtungen, Sport- und Kulturstätten darf keine Frage des Geldes sein. Wir brauchen eine Kommunalpolitik, die mit Senioren für Senioren gemacht wird. Seniorenbeiräte sind überall erforderlich.

Rechtsstaat und Sozialstaat sind zwei Seiten einer Medaille. Die Rechtsordnung muss der Verwirklichung der Freiheitsrechte wie der sozialen Gerechtigkeit dienen. Unser Rechtsverständnis wendet sich gegen eine Rechtspraxis, die sich zu Lasten der Schwachen auswirkt.

Für eine bürgernahe, moderne Verwaltung

Nicht-öffentliche Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen oder des Kreistages dürfen nicht mehr die Regel, sondern müssen die absolute Ausnahme werden. Es ist im ureigenen Interesse der Verwaltungen und kommunalen Vertretungen, ihre Arbeit transparenter und bürgernaher zu gestalten. Es geht um eine partnerschaftliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.